

Dresdner Nachrichten

Prandl's
Condensirte Milch
Beste Kindermilch
Brosch. Kindermilch
Cogn. Prandl

42. Jahrgang.

Curt Heinsius Fab. Hoff.
Dresden-N., Kurfürststr.
Ecke Thierstr. Fernr.-A. II, 110.
Mehrjährige Garantie.
6 Mal prämiirt, 95.000 Stk in Exportion.
Kostenfreie Probe.

**Geräuschlose
Thürschliesser.**
Mit doppelter Luftdichtung.
Gewalttames Schliessen schädlich.

Closets & Badeartikel
in großer Auswahl billigst!
Friedrich Gappisch
Fabrikant
DRESDEN-A. Marienstr. 11.
gegenüber 3 Röhren.
Fabrik Zschopauplatz 2.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34
Eingang sämmtlicher Neuheiten
in elegant garnirten Damenhüten jeden Genres
und jeder Preislage.

Gummischuh-Reparatur!
Für Händler! Für Reparaturen!
Gummischuh Sohlenplatten in Para-Lösung
roth u. schwarz glatt u. geripp. in Pickelstein
complet zusammen gestellt, auch einzeln mit
Gebrauchs-Anweisung u. billiger bei
Reinhardt Leupolt, Gummifabrik, Dresden-A.

R. Beyer - Papier-Fabrik-Lager
Papier-Grosshandlung - Am See 16
Größtes Lager aller Sorten Pappen und Packpapiere, Formate
und Rollen in allen Grössen, Schreib-, Post-, Druck- und Um-
schlag-Papiere, Imittir., - fettlicht - echt - und Butte-
r-Pergament, Weiss- und farbige Seidenpapiere,
Geldheftpapiere, - Billigste Preise. - Prompteste Bedienung.

Winter-Lodenjoppen von 8 Mk., Pelerinmäntel von 20 Mk. an, Jagdzugänge
in grösster neu eingetrossener Auswahl bei **Jos. Flechtl aus Tirol, 23 Schlossstrasse 23**, neben dem Königl. Schloss.

Nr. 297. Spiegel: Englische Wachenkassen, Hofnachrichten, Eisenbahnwagenkasten, Lederproduzenten, | Ruthmäßliche Witterung: | Nebel, heiter, | **Dienstag, 26. October 1897.**

Für die Monate November u. Dezember

werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei der Geschäftsstelle, Marienstraße 38 und bei unseren Neben-Annahmestellen zu **1 Mark 70 Pfennigen**, für auswärts bei den kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu **1 Mark 84 Pfennigen**, in Oesterreich-Ungarn bei den k. k. Postämtern zu **1 Gulden 69 Kreuzern** angenommen.

Politisches.

Der türkisch-griechische Friede ist abgeschlossen, aber auf Kreta müht das Feuer des Aufstands fort. Das hätte an sich nichts Weltgeschichtliches, wenn nicht das ewige „Chorozes l'Anglais“ der internationalen Politik auch hier wieder ein - über! - unverjährbares Recht heilichte. Es ist das Verdienst der „Hamb. Nachr.“, daß sie im Ansehung der deutschen Presse neuerdings mit Nachdruck auf die unveränderte Fortdauer der englischen Intrigen im Orient, aber richtiger an allen Ecken und Enden der Welt und auf die dadurch bedingte fortgesetzte Unsicherheit der allgemeinen Lage hinweisen. Das Organ des Reichskanzlers erklärt, daß der Stand der Dinge auf Kreta zu einer unmittelbaren Einschaltung dränge, in dem Sinne, daß entweder europäische Truppen den Aufstand niederwerfen müßten oder daß die Mächte nachträglich das von der Bismarck'schen Schule von vornherein als einzig gangbar verlorene Verfahren annehmen, der Türkei selbst die Verwaltung der Insel zu überlassen. Europäische Truppen, die an die hinterhältige Kampfweise der Aufständischen und an die unerhöhten Strapazen eines solchen Feldzugs nicht gewöhnt sind, würden dort nichts ausrichten. Nur England könnte sich der Aufgabe der Pacifikation Kreta's mit Aussicht auf Erfolg unterziehen, weil seine Truppen im Kampfe mit den wildesten Gebirgsbilden erprobt sind. England ein europäisches Mandat auf Kreta übertragen, hieße aber den Vork zum Gärtner setzen, da England die dergestalt eroberte Insel gewillig niemals wieder ausgeben würde. An Stelle der von Europa gewünschten Autonomie trat die englische Herrschaft. Man behauptet, die alsbald nach der Unterzeichnung der türkisch-griechischen Friedenspräliminarien an den Sultan gerichteten Bittgesuche der muhamedanischen Bevölkerung, die die Fortdauer der Insel auf Kreta herrschenden Zustände als unmöglich bezeichneten, seien auf Verreiben des englischen Botschaftssekretärs Generalconsul Biondi abgelehnt worden und ebenso sei es klugender englischer Einfluß gewesen, auf Grund dessen die Berater des Sultans diesen bestimmt hätten, die kürzlich erfolgte auffällige Erklärung an die Vorkäufer der Großmächte abzugeben, daß er den Dingen auf Kreta nicht länger unthätig zusehen könne. England habe mit Fleiß die kritische Frage wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Gleichzeitig suchte es aber auch neue Verwickelungen herauszubekommen, indem es sich der armenischen Frage wieder bemächtigt und die Sache dieses Mal vom Standpunkt des religiösen Fanatismus (bei dem letzten Armenienaufstand trat mehr die politische Seite in den Vordergrund) angreift. Der armenische Klerus ist es, hinter den sich neuerdings die englischen Anwälte gestellt haben, um ihn überall zur Ausübung der Autorität des Sultans anzustacheln. Von diesem Gesichtspunkte sind die verschiedenen Redaktionen zu beurteilen, die in der letzten Zeit von Streitigkeiten um die Besetzung von Bistümern auf dem Balkan zu berichten wußten. Auch gewisse Vorgänge, die sich jüngst in Bulgarien abgespielt haben, werden von den „Hamb. Nachr.“ auf englische Umtriebe zurückgeführt. Fürst Ferdinand ließ unter Anderen plötzlich, ohne auf die Substanz zu fragen, im vorigen Monat rings um Philippopolis die Arbeiten zur Herstellung von 21 Forts beginnen. Die Forts verlangte darauf unter Berufung auf den Berliner Vertrag die sofortige Einstellung der Befestigungsarbeiten. Wie es scheint, ist man der türkischen Forderung zunächst nachgegeben. Die politische Gesamtsituation der bulgarischen Regierung ist aber so schwach und so unzuverlässig, daß man auf weitere Veränderungen von dieser Seite früher oder später wohl gefaßt bleiben muß. Bulgarien scheint von England dazu ausgerufen zu sein, daß es im britischen Interesse demnach dieselbe Rolle spielen soll, in der Griechenland soeben erst seine Haut für die englischen Krieger zu Markte getragen hat. Auf Grund dieser Vermutungen gelangte die „Hamb. Nachr.“ zu dem Schluss, daß England seine Bistümerei im Orient fortsetze, und daß es daher ganz unangebracht sei, wenn deutscherseits vielfach ein weitgehender Optimismus in Bezug auf den Beharrungsstand zur Schau getragen werde, der durch die „einmütige“ Vermittlung der Großmächte in dem gleichschick-türkischen Konflikt angeblich geschaffen worden sei.

Die aktuelle Bedenksamkeit der von dem Hamburger Organ des Reichskanzlers im anti-englischen Sinne gegebenen Beleuchtung der internationalen Lage erhellt aus einer Zusammenfassung der verschiedenen symptomatischen Momente, die in der letzten

Zeit in den deutsch-englischen Beziehungen hervorgetreten sind. Zunächst brachte die „Köln. Zig.“ zu Anfang des vorigen Monats einen langen Artikel, dessen Tendenz, trotz mancher Details, die zur Maskierung des Vorkommens bestimmt waren, unverkennbar auf die Befürwortung einer Wiedervereinigung zwischen Deutschland und England hinauslief. So wurden die Auslassungen des rheinischen Blattes auch in London verstanden und als Antwort erging von dort aus die gnädig herablassende Versicherung einiger Regierungskreise - die übrige Presse schimpfte ruhig weiter -, daß „eigentlich“ zwischen den beiden Ländern Alles in schönster Ordnung sei. Es dauerte gar nicht lange, so hatte man in London sogar die Entdeckung gemacht, daß die Berliner Regierung sich von der „Unmöglichkeit“ der Wären in Transvaal abzuwenden und ihnen deshalb das bisherige Wohlwollen entgegen zu setzen. Sodann erfolgte die - leider unüberprüfbar gebliebene - Nachricht von einer bevorstehenden Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit der Königin Victoria und im Zusammenhang damit wurden allerlei Gerüchte lancirt, die den Anschein zu erwecken bestimmten waren, als sei eine Erhöhung des deutschen Verhältnisses zu Russland eingetreten. Diejenige zweite Seite u. A. die Behauptung, daß es erst der „Vermittlung“ des Prinzen Heinrich bedürftig habe, um Nikolaus II. zu einem Besuch Kaiser Wilhelm's in Wiesbaden zu veranlassen.

Deutscherseits wäre jedes Entgegenkommen gegen England (es handelt sich dabei, soweit England in Betracht kommt, stets nur um die Absicht, die deutsche Gutmütigkeit und Kursichtigkeit für die Aufbietung der deutschen Wehrmacht zu Gunsten der englischen Weltstellung zu kapern) gerade im gegenwärtigen Augenblick doppelt gefährlich, weil anstehend in allerhöchster Zeit an der Thematik ein Wechsel im Ministerium des Auswärtigen bevorsteht. Lord Salisbury will, wenn nicht überhaupt gehen, so doch jedenfalls sich auf die Ministerpräsidentenschaft beschränken und als sein Nachfolger im Auswärtigen Amt wird - horribile dicta - der Holtton Mr. Chamberlain genannt, dessen impetuöser Charakter ihn auf solchem Posten geradezu zu einer Gefahr für Europa stempeln würde. Vielleicht ist auch eine Neubildung des ganzen Kabinetts im Werke, die voraussichtlich denselben Lord Salisbury wieder an die Spitze der Geschäfte stellen würde, der im Jahre 1893 in der sicheren, aber damals glücklicher Weise salischen Erwartung des deutschen Reichstages wegen der russischen Frage gegen Frankreich mobil zu machen entschlossen war und nur durch die Intervention Kaiser Wilhelm's von der Ausführung seiner verhängnisvollen Absicht abgehalten wurde. Angesichts dieser Sachlage entzweit sich der Brust des nationalen deutschen Politikers der Stoßfänger: „Wenn doch das deutsche Volk über die Stimmung in Berlin gegenüber England ebenso beruhigt sein könnte, wie über diejenige in Friedrichshagen!“ Es ist wirklich ein auf die Dauer die Nerven aufreibender Zustand, wenn die Berliner Politik England gegenüber sich fortgesetzt in die Gefahr einer Spaltung hält, statt klar zu zeigen, was sie will. Die wahren deutschen Interessen liegen nach einer ganz anderen Richtung als auf dem Gebiete eines deutsch-englischen „Zusammengehens“ (richtig: „Vinterbertretens“ Deutschlands hinter England). Deutschland ist durch seine gesammten nationalen und wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus darauf angewiesen, unabhängig sein Augenmerk auf die Zustandbringung einer kontinentalen Einigung gerichtet zu halten. Damit soll selbstverständlich keineswegs Ueberwänglichkeit (wie Wiederholung einer Kontinentalpolitik nach napoleonischem Muster) das Wort geredet, sondern nur die Notwendigkeit bezeichnet werden, daß die englische Politik überall, wo sie Intriguen einfließen will, auf den geschlossenen Widerstand der Kontinentalmächte stoßen muß. In diesem Sinne hat der russische Fürst Reichersberg, der Herausgeber des „Wasschanin“, mit Entschiedenheit die dementsprechende Erklärung abgegeben, daß ein bindender Vertrag zwischen Russland und Frankreich nach seiner Meinung auch heute nicht existiert, daß ein solcher vielmehr lediglich dazu dienen könnte, die deutsch-russischen Beziehungen zu verwickeln und dadurch auch auf die deutsch-französische Annäherung ungünstig einzuwirken. Eine deutsch-französische Verständigung ist aber nach der Meinung des Fürsten Reichersberg unbedingt von Nöthen, weil nur sie im Verein mit dem Bestand Russlands das praktisch-politische Resultat zu zeitigen vermag, daß die Kontinentalmächte geschlossen gegen England Front machen. Im deutschen und europäischen Interesse ist gleichmäßig zu wünschen, daß bald ein Ereignis eintreten möge, das unabweislich erkennen läßt, daß die deutsche Politik nicht gewillt ist, in den englischen Intriguen einzutreten. Nur in den Händen einer, wie die „Hamb. Nachr.“ sagen, „ehelichen Diplomatie“, die nicht im englischen Fahrwasser flüchtet, wird unsere nationale Zukunft gut aufgehoben sein.

Herrschreib- und Herrschreib-Berichte vom 25. October.

• **Kamen z (Sachsen).** Gestern wurde bei Ruitz ein Attentat an einer Frau in den dreißiger Jahren verübt. Einige Stunden später fand auf offener Straße bei Spittel ein Anfall in derselben Absicht auf eine andere Frauensperson statt.

• **Berlin.** Großfürst Nikolaus der Ältere ist heute Mittag aus Dresden hier angekommen, er wird sich nach Potsdam in's neue Palais begeben. Der Kaiser hat ihn anlässlich seiner letzten Anwesenheit in Russland à la suite des 1. Corps-Bezirks-Artillerie-Regiments getraut. Morgen Nachmittag wird nun der Kaiser mit dem Großfürsten das Regiment besuchen. - Die am Sonntagabend im Reichsoperntheater abgehaltene Konferenz der Landwirtschaftskammer und landwirtschaftlichen Central-Vereine verhandelte unter Vorsitz des Staatssekretärs v. Boddies die folgenden Fragen,

wie die Konferenz der Handelskammern und der kaufmännischen Korporationen. Die Mitglieder brachten von ihrem landwirtschaftlichen Standpunkt aus den geplanten Reformen lebhaftes Sympathien entgegen und äußerten außerdem Spezialwünsche, so auf Fortfall des Heidegeldes auf dem Lande. Nach Abschluß der Konferenz wird das Reichsoperntheater die Reformen praktisch auszuführen versuchen, soweit die finanzielle Lage des Reiches es zuläßt.

• **Berlin.** Der hiesige Hof legt für die Herzogin von Sachsen-Altenburg 14-jährige Trauer an. - Die amtlichen Beobachtungsblätter des Reiches veröffentlichen den deutsch-niederländischen Auslieferungsvortrag, sowie den deutsch-niederländischen Vertrag über die Auslieferung der Verbrecher in den deutschen Schutzgebieten und den sonst von Deutschland abhängigen Gebieten und den Gebieten der Niederlande, sowie den niederländischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen. - Nach den amtlichen Nachrichten über die Ernte im Jahre 1897 ergibt die vorläufige Schätzung des Erntertrags in 100 Millionen vom Hektar: Winterweizen 17,2 (gegen 18 im Jahre 1896), Sommerweizen 14,6 (gegen 14,9), Wintererbsen 14,2 (gegen 13,2), Sommererbsen 10 (gegen 9,8), Sommergerste 15,6 (gegen 16,5). Spezial für Sachsen wird der Erntertrag geschätzt: Winterweizen 24,1 Doppelcentner, Sommerweizen 15,4, Sommererbsen 12,4, Sommergerste 21,1 Doppelcentner vom Hektar. Ueber den Stand der Viehhöfen im Königreich Sachsen sind folgende Daten ermittelt: Winterweizen 2, Wintererbsen 2,2, Jungrind 2 und Lutzerath 1,9.

• **Berlin.** Zu der Mitteilung des Hofgerichts der Kaiserl. Bg. über den Nichtempfang der Großherzogin Badischen Deutschlands durch den Garen bemerkt die „Nat.-Zig.“: Eine amtliche Veröffentlichung über einen so unangenehmen Vorgang läßt auf schwere Verhältnisse persönlicher Art schließen. Uebrigens wird anderweit berichtet, daß der Fürst von Montenegro, der sich in Darmstadt aufhielt, ebenfalls von dem russischen Kaiserpaar nicht empfangen worden ist. Die „Nat.-Zig.“ sagt: Diese trübe Ablage hat am Hofe in Karlsruhe, wie leicht ersichtlich, schwer verstimmt. Es ist bekannt, daß der Gyar in Darmstadt in voller Zurückgezogenheit zu leben wünscht. Die nicht gerade sehr entgegenkommende Antwort nach Karlsruhe ist vielleicht auf die Ungeheuerlichkeit eines Hofbeamten zurückzuführen, der dem Befehl seines kaiserlichen Herrn nicht den richtigen Ausdruck gegeben hat. Der Empfang des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe durch den Garen tritt jetzt um so mehr hervor. Der „Nat.-Zig.“ kann auf das Bestimmteste versichern, vordem sei man in hiesigen maßgebenden Kreisen davon überzeugt, daß eher ein Missverständnis als eine Unhöflichkeit des Garen vorliege. Man halte es für möglich, daß von Hofchargen Mißgriffe begangen worden seien, für die höchstens der Großherzoglich badische Hof, nicht aber das Kaiserpaar verantwortlich gemacht werden könnte. Seitens des Telegraphenbeamten wurde die Annahme und die Beförderung von Telegrammen abgelehnt, welche auf jene auffällige Thatsache Bezug nahmen.

• **Wünchen.** In der Kammer der Abgeordneten begann heute die Beratung des Ministerrats, bei welcher Gelegenheit die Abg. Dr. Schaebler und Dr. Exterer die Frage der Militärstrafprozedur zur Sprache brachten und lebhaft betonten, daß der oberste Gerichtshof ein Heeresrecht Bayerns sei. Wenn man aus der jüngsten Erklärung des Kriegsministers im Finanzauschuß herauslesen dürfte, daß die bayerische Regierung für die volle Wahrung dieses Heeresrechts eintrete, dann würde das ganze Volk hinter dem Minister stehen.

• **Stuttgart.** Der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes v. Zühlmann ist zu einer Voreprechung mit dem württembergischen Finanzminister hier eingetroffen.

• **Strasbourg.** Der Staatsrat Justus Klein, ehemaliger Bürgermeister von Strasbourg, ist gestern gestorben.

• **Wien.** Wie die „N. Fr. Pr.“ aus Konstantinopel meldet, lassen sich die Vorschläge der Vorkäufer zur Lösung der kritischen Frage in folgende Punkte zusammenfassen: Vollständige Autonomie der Insel unter Suzeränität des Sultans, Ernennung des Generalgouverneurs, der türkischer Unterthan, wenn auch christlicher Religion, sein soll, durch den Sultan, Garantie des Lebens und Eigentums der muslimanischen Bevölkerung von Kreta, Aufrechterhaltung der türkischen Garnison und Verlassung türkischer Kriegsschiffe an den Küsten der Insel, wo dies notwendig ist, Ausübung aller Akte der Verwaltung und Justiz im Namen des Sultans, Zahlung eines festen jährlichen Tributs an die Türkei, Verleihung der türkischen Flagge für alle krethischen Handelsschiffe.

• **Paris.** Die dem Regimentsarzt Boucher gehörige Veranlagungsbuch „Souraine“ kenterte in der Nähe der Küste bei Saint Servan, wobei seine Gattin, seine zwei Töchter und ein Matrose ertranken.

• **Madrid.** Der „Imparcial“ meldet telegraphisch aus Havana, die Partei der Intendanten sei entsetzt, trotz der gegenwärtigen Befehle zu Gunsten Wehler's Kundgebungen zu veranstalten. Die Gegner der Autonomie suchten der Thätigkeit Blanco's Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Die militärische Lage sei die gleiche wie seit einem halben Jahre. Die Operationen hielten 40.000 Soldaten seien erkrankt. Die Finanz- und Handelslage seien sehr äbel. Die Regierung habe nachdrückliche Maßregeln getroffen, um einen etwaigen Zusammenstoß in Havana bei Gelegenheit der Abreise Wehler's zu verhindern. Wehler erhielt den Befehl, die Ankunft Blanco's zu erwarten.

• **Athen.** Ein griechisches Fahrzeug scheiterte bei Thera, 17 Personen ertranken.

• Die heutige Berliner Börse verkehrte in der bisherigen ruhigen Tendenz. Abgesehen von der andauernden Zurückhaltung der Spekulation ist es das Herannahen des Ultimo, das eine regere Geschäftsentwicklung zurückhält. Die Haltung war im Ganzen fest, doch waren die Kursveränderungen durchweg unbedeutend. Der Geldstand zeigte eine Erleichterung, der Deckungsbeleg wurde ziemlich schnell befriedigt. Im weiteren Verlaufe war die Haltung leicht schwankend, die meisten Kurse gingen auf Sonnabendkurs zurück. Am Markte für Bankaktien lebten die meisten Werte fest ein, schwächten sich aber wieder ab, namentlich Romanianische niedriger; dagegen waren Deutsche Bank und Norddeutsche auf die Genehmigung des Hochbahnprojektes recht fest. Eisenbahnaktien still, von fremden Kabinen schwelgerische und österreichische Werte behauptet. Italienische Banken auf Ueberwärmungsnachrichten abgeworfen, auch Canada Pacific nachgebend. Romanianien Anfangs behauptet, später abgeworfen. Zurecht in weiter Stunde fest. Fremde Renten wenig im Preise, heimische Fonds knapp behauptet. Privatdiskont 4 1/2 Proz. Ultimo 4 1/2 bis 4 3/4 Prozent. - Ein offizieller Bericht in

Meine
Triumph-Seife
in hoch
heißer
Reinlich
mit Paraph